

Zu Tomas Piketty – Capital in the Twenty-First Century

(Harvard University Press, Cambridge [USA-MA] und London [UK] 2014)

Exzerpt mit Anmerkungen und Ergänzungen

Kernaussagen:

Die Kernaussage von Piketty ist, dass die Zunahme und Abnahme von Ungleichheit im Kapitalismus stets ein Ergebnis von staatlichen Eingriffen war. Ohne Eingreifen des Staates wächst die Ungleichheit bis zu einem sehr extremen Grad. Sie erreichte ihr historisches Maximum 1914. Und das weist er empirisch nach.

Die Abnahme der Ungleichheit im 20. Jahrhundert (genauer zwischen 1914 und 1980) war extremen politischen Eingriffen (zwei Weltkriege, eine extreme Steuerpolitik und Regulierung der Märkte in Folge der Wirtschaftskrise von 1929) geschuldet. Seit die Politik sich zurückzieht (seit 1980) nimmt die Ungleichheit wieder zu. Wenn sich diese Entwicklung fortsetzt, werden wieder Zustände wie vor dem ersten Weltkrieg entstehen die die Gesellschaft zerreißen und die Demokratie destabilisieren.

Piketty hat versucht diese empirischen Ergebnisse in eine Theorie einzubetten. Er selber ist sich aber unsicher, ob diese Theorie einen ursächlichen Zusammenhang darstellt oder rein deskriptiv ist (siehe dazu mein Kommentar zu Flassbeck am Schluss).

Als Konsequenz seiner Ergebnissen fordert er politisches Eingreifen. Natürlich nicht neue Kriege, sondern progressive Vermögens- und Einkommenssteuern. In Analogie zu der erfolgreichen Politik Roosevelts landet er bei Spitzeneinkommenssteuersätzen von über 90 % und Spitzenvermögenssteuersätze von bis zu 10% für Vermögen über 10 Milliarden Dollar, da diese vor Steuern seit Jahrzehnten trotz aller Krisen um über 10% jährlich wachsen.

Theorie

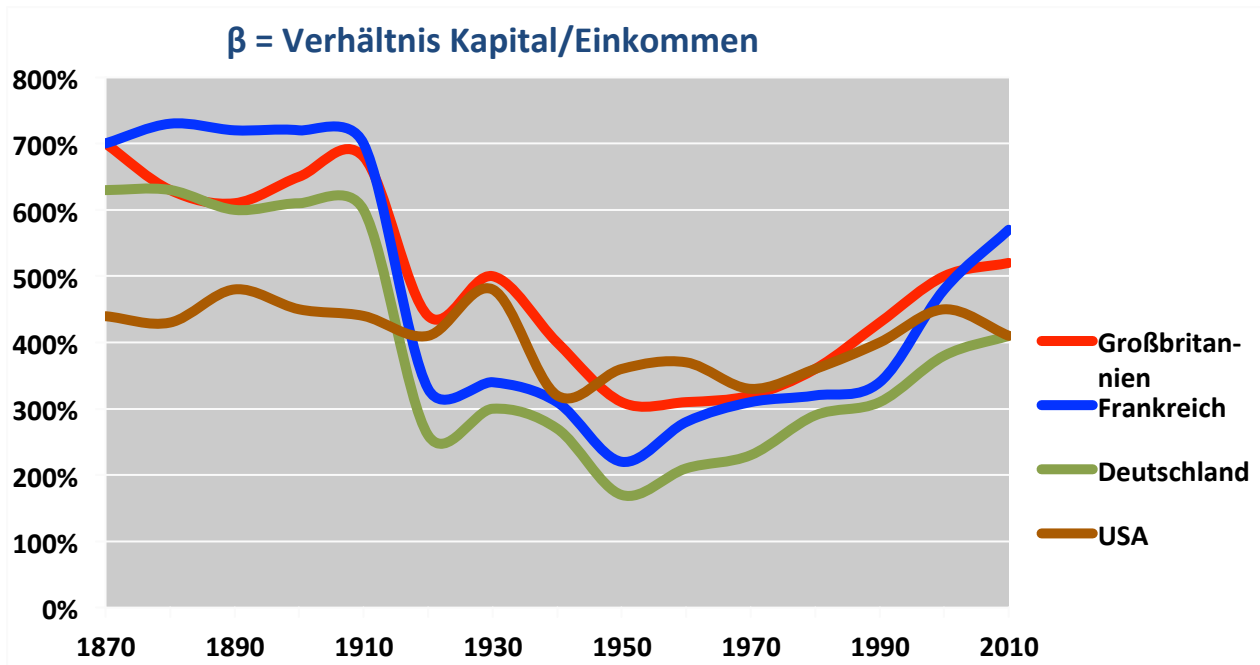
Das Verhältnis Kapital durch Einkommen ist ein Maß dafür, welche Rolle das Kapital in einer Gesellschaft spielt. Seine zentrale Aussage:

$$\beta = \frac{\text{Kapital}}{\text{Einkommen}} \xrightarrow{\text{on the long run}} \frac{s(\text{Sparrate})}{g(\text{Netto – Wachstum})}$$

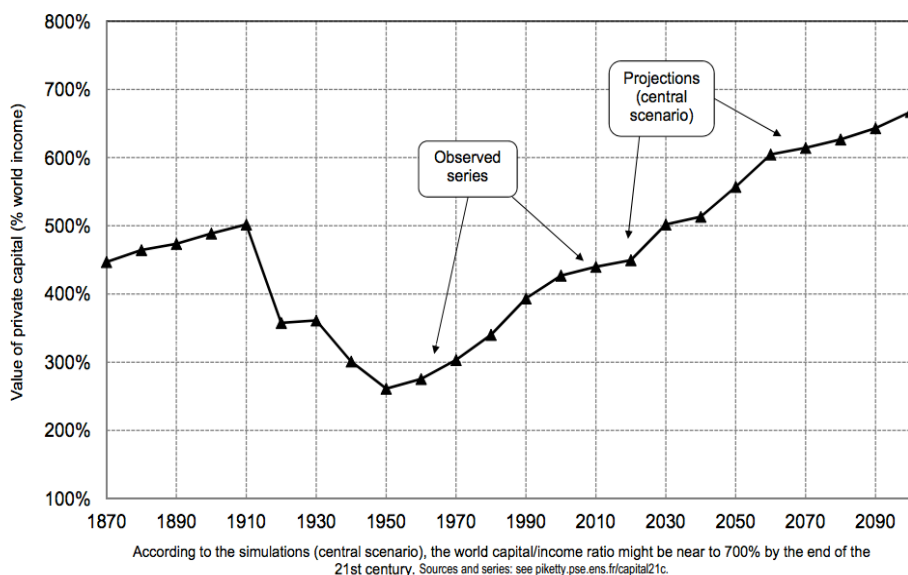
Als Grund für diese Kapitalakkumulation sieht er: β wächst, wenn $r > g$ – wenn also die Rendite auf das (überwiegend) vererbte Vermögen größer ist als das Wachstum der Wirtschaft.

- Rendite r ist nach seinen Daten über lange Zeiträume konstant 4 – 5
- $g = f(\text{Innovation, Bevölkerungswachstum})$ wird kleiner, da die Innovation abnimmt und das Bevölkerungswachstum sowieso gestoppt werden muss.

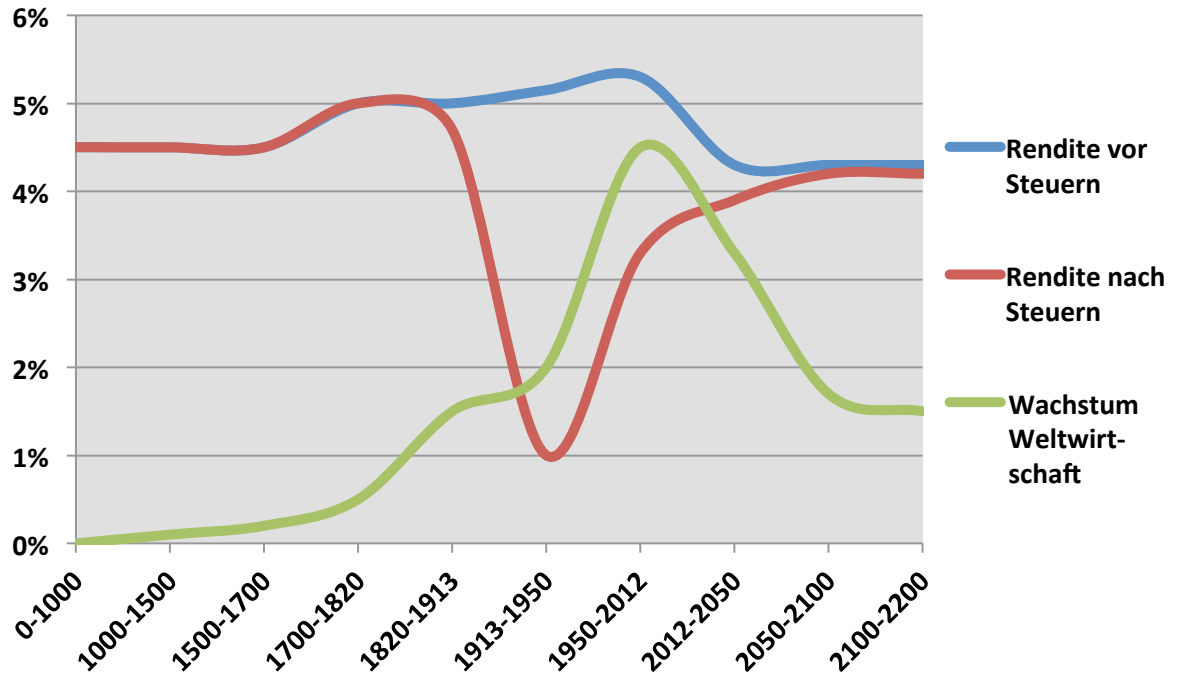
➔ Im 21. Jahrhundert wird also g kleiner und daher wächst β .



Verhältnis Kapital zu Einkommen weltweit bis 2100

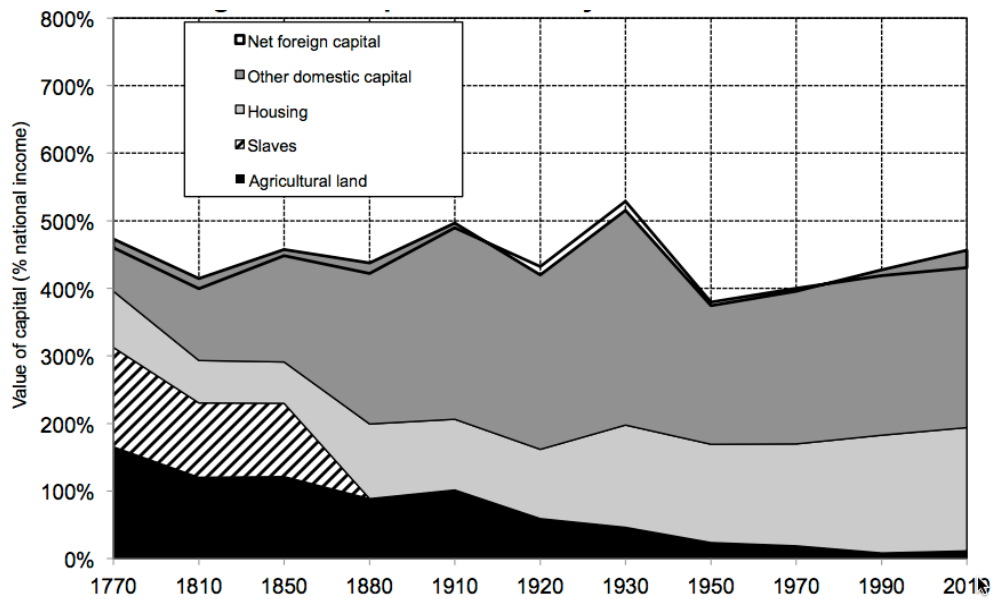


Entwicklung von r = Rendite und g = Wachstum



Zusammensetzung des Kapitals

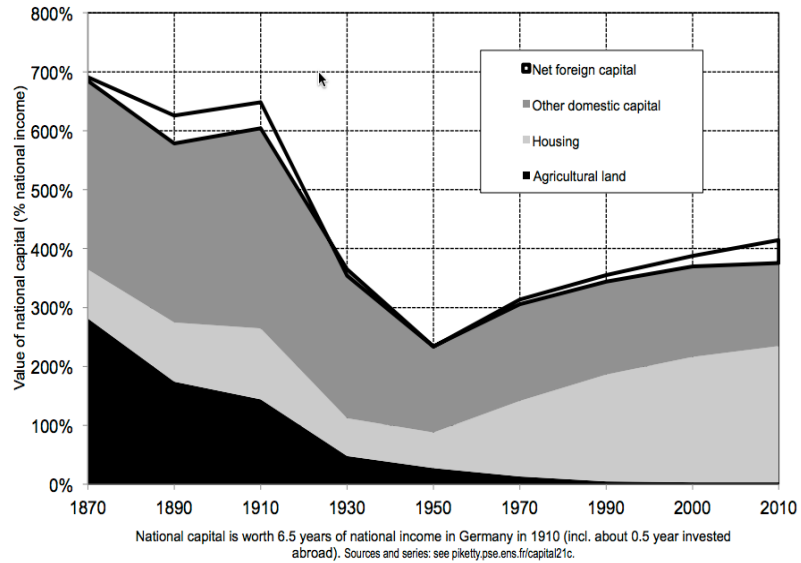
USA



The market value of slaves was about 1.5 years of U.S. national income around 1770 (as much as land).
Sources and series: see piketty.pse.ens.fr/capital21c.

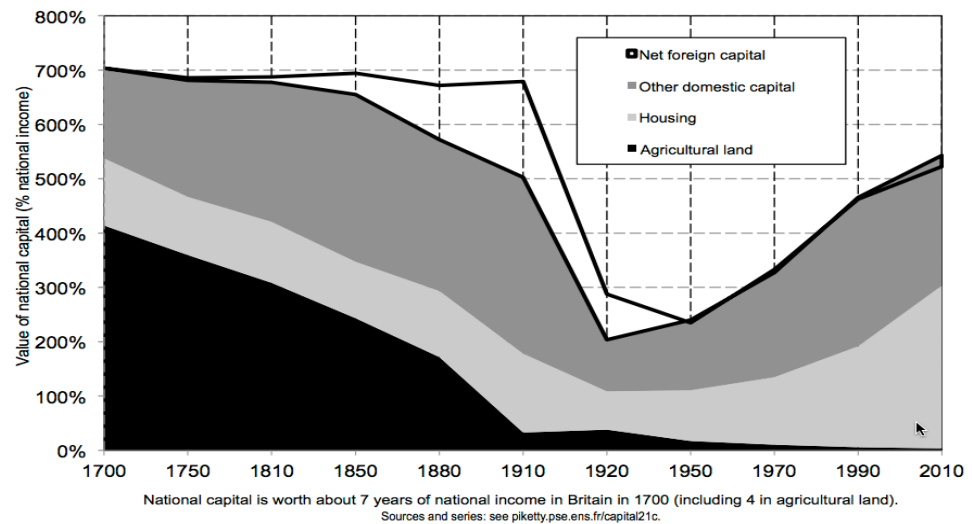
Die USA hatte im 19. Jahrhundert weniger Kapital akkumuliert. Die Besonderheit war aber die Sklavenwirtschaft in den Südstaaten. Die Einschnitte durch die Weltkriege waren geringer als in Europa.

Deutschland

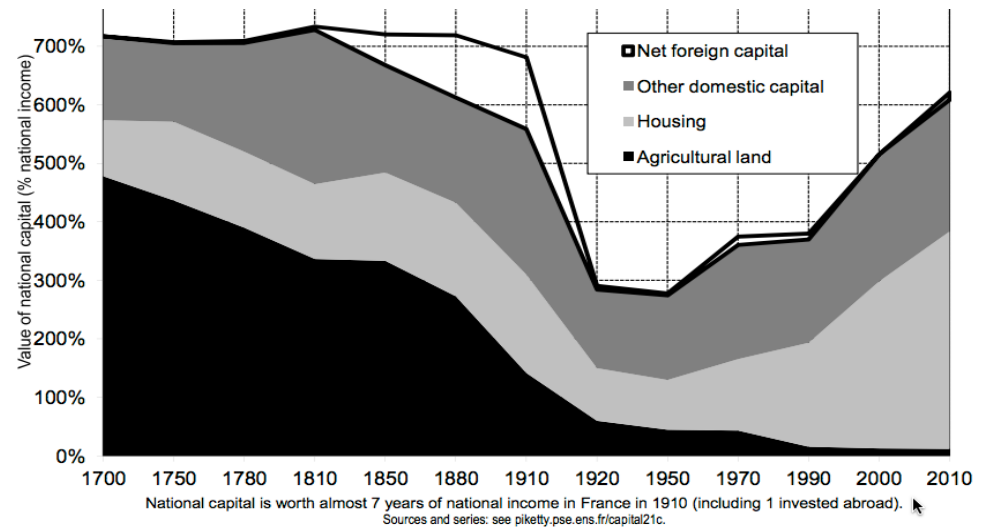


Deutschland hat mittlerweile ein erhebliches Plus beim Auslandskapital

Frankreich



Großbritannien

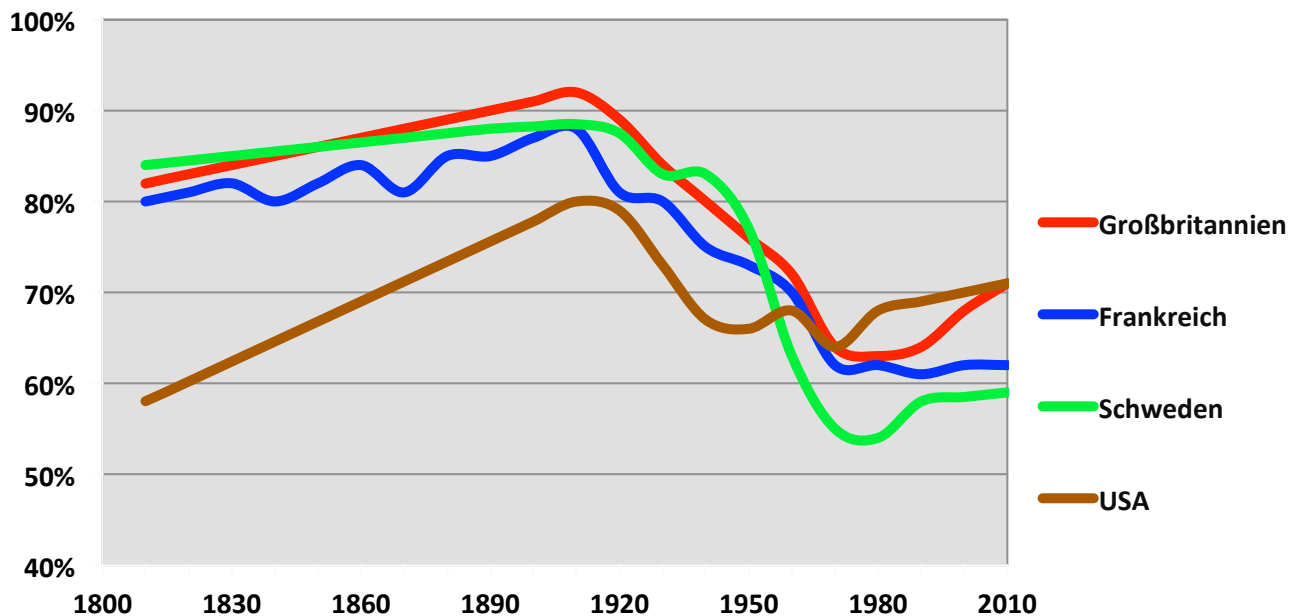


Thesen

Der Rückgang der Vermögens- und Einkommensunterschiede im 20. Jahrhundert (von 1914 bis 1980) hatte überwiegend einmalige Gründe und wird sich ohne staatliche Eingriffe nicht wiederholen.

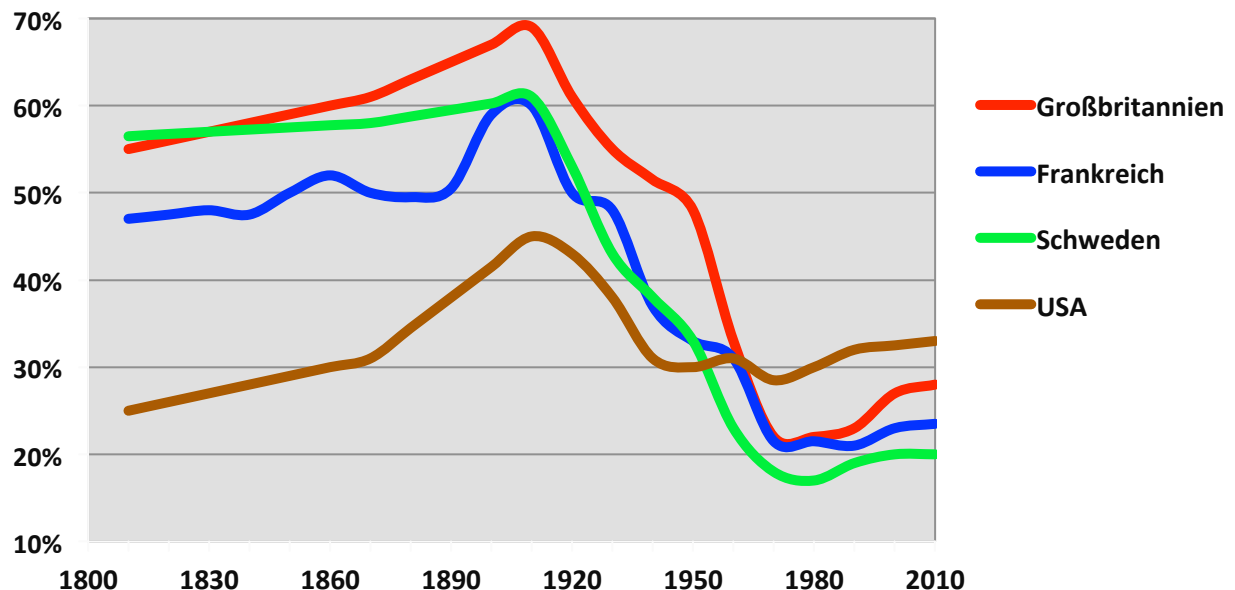
- Das Wachstum war extrem hoch – das war historisch einmalig und gibt es künftig nur noch für einige Zeit in den Schwellenländern. Durch das Wachstum wurde das vererbte Vermögen relativ entwertet.
- Die Vernichtung von Vermögen durch die beiden Weltkriege und die Weltwirtschaftskrise von 1929
- Dazu kam die hohe Besteuerung von Einkommen und Vermögen

Anteil am Vermögen Top 10%



Am Vorabend des ersten Weltkrieges gehörte in Europa 90% des Reichtums einer Klasse von Besitzenden, die etwa 10% der Bevölkerung ausmachte. Nur die USA war bei der Vermögenskonzentration noch etwas hinterher. Seit 1980 – Machtantritt Thatcher und Reagan – hat sich die Entwicklung wieder umgekehrt.

Anteil am Vermögen Top 1%



Neu: Die 40%-Klasse

- Als der Anteil der oberen 10% am Gesamtvermögen von 90% (1914) auf 60% (1954) sank, entstand die 40%-Klasse, die Mittelschicht, die heute immerhin ein Drittel des Vermögens besitzt.
- Die Klasse der Besitzlosen reduzierte sich von 90% (1914) auf 50% (1954). Diese unteren 50% besitzen weiterhin de facto nichts (5% der Vermögens, aber ebenso viele Schulden).
- Heute teilen sich die oberen 10% (mit 67% des Vermögens) auf in die Reichen (ca. 1% der Bevölkerung), die ca. ein Drittel des Vermögens besitzen und die Wohlhabenden (9%).
- Innerhalb der Gruppe der Reichen wachsen die Vermögen der Milliardäre und Multimillionäre schneller als die der einfachen Millionäre, und zwar um so schneller, je größer das Vermögen ist.

Thesen (Karl-Martin Hentschel):

- Die 40%-Klasse (die Mittelschicht) und die 9%-Klasse (die Wohlhabenden) plus alle diejenigen, die hoffen, da rein zu wachsen, sind die Basis der Mehrheit der Demokratie.
- Während bis 1914 die Meinungsführer der SPD, der Gewerkschaften und anderer Organisationen (Sportverbände, Sozialverbände usw.) zur Klasse der Besitzlosen

(90%-Klasse) gehörten, gehören sie heute zur Mittelschicht. Es gibt nur wenige Meinungsträger mehr, die zur 50%-Klasse gehören.

- Deshalb bestimmen die 40%-Klasse und die 9%-Klasse (die Mittelschicht und die Wohlhabenden) den politischen Diskurs.
- Wenn sich die Wohlhabenden gegen höhere Steuern wehren, dann sind die Hauptprofiteure die Superreichen, die aber politisch praktisch nie als Vertreter privater Interessen in Erscheinung treten, sondern stets als Vertreter von Firmeninteressen und ihrer Beschäftigten.

Reichtumsverteilung in Deutschland 2010

(erstellt von KMH, interpoliert und grob gerundet nach Zahlen der Deutschen Bundesbank, der SOEP, des DWI, Cap Gemini, Credit Suisse)

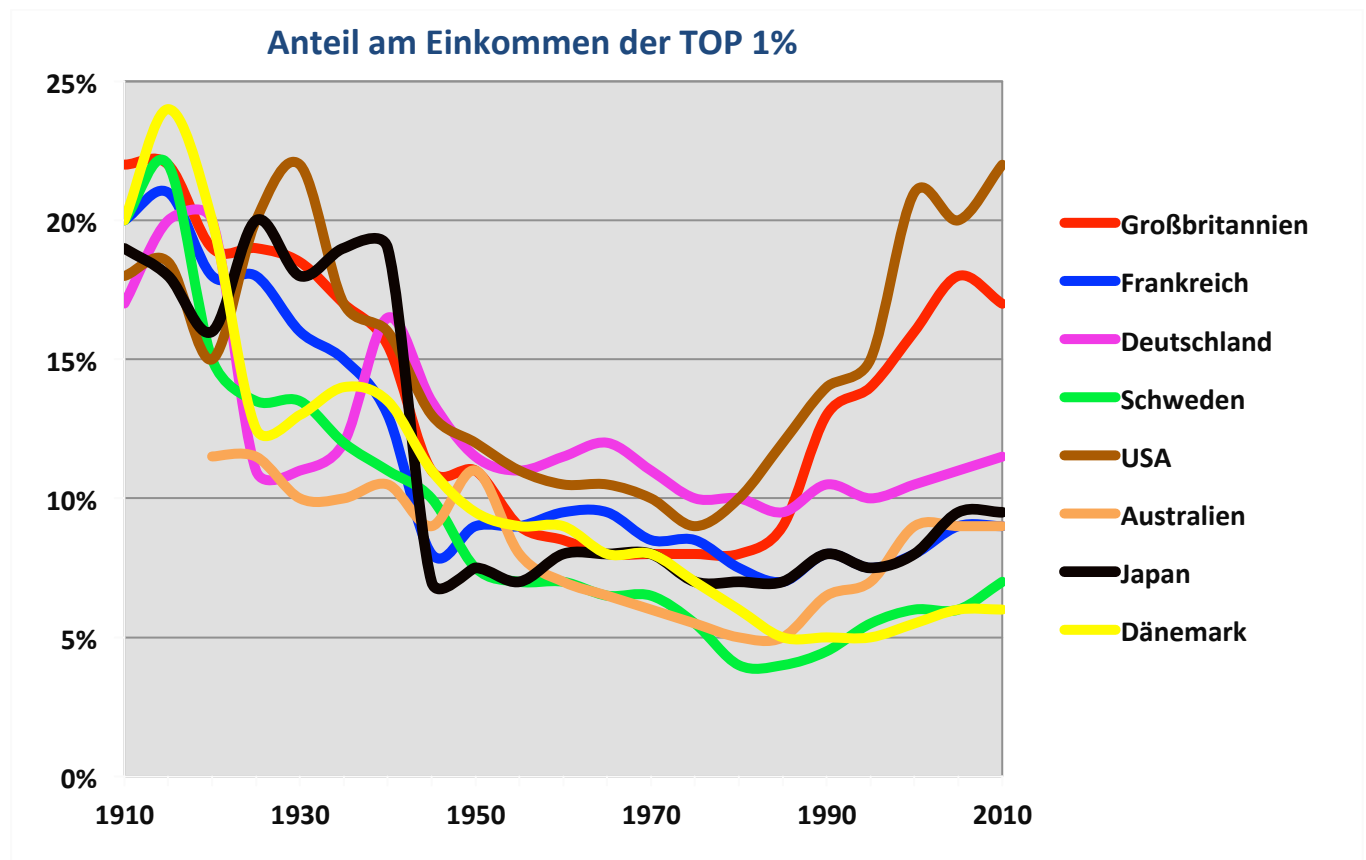
Gruppe	Anteil der Bevölkerung	Anzahl Personen	Anteil des Vermögens	Vermögen der Gruppe	Durchschnitt pro Person	Minimum pro Person
Besitzlose	50%	40 Mio.	1%	0,1 Bio. €*	2500 €	0 €
Mittelschicht	40%	32 Mio.	32 %	3,2 Bio. €	110T €	20T €
Wohlhabende	9%	7 Mio.	33%	3,3 Bio. €	500T €	200T €
Reiche (HNWI**)	0,9%	900T	15%	1,5 Bio. €	2 Mio. €	0,9 Mio. €
Multimill.	0,09%	90T	8%	0,8 Bio. €	10 Mio. €	3,5 Mio. €
UHNWI***	0,009%	9T	5%	0,5 Bio. €	60 Mio. €	20 Mio. €
XUHNMI****	0,0009%	900	3%	0,3 Bio. €	350 Mio. €	120 Mio. €
Milliardäre	0,0001%	100	3,5%	0,4 Bio. €	4 Mrd. €	1 Mrd. €
Gesamt	100%	80 Mio.	100%	10 Bio. €	125T €	0 €

*Das Vermögen und die Schulden innerhalb dieser Gruppen heben sich fast auf.

**HNWI – High Net Worth Individuals (Bezeichnung im Reichtumsbericht der Credit Suisse)

*** UHNWI – Ultra High Net Worth Individuals (nach Credit Suisse)

**** XUHNWI – Extra Ultra HNWI (eigen Wortschöpfung – KMH)



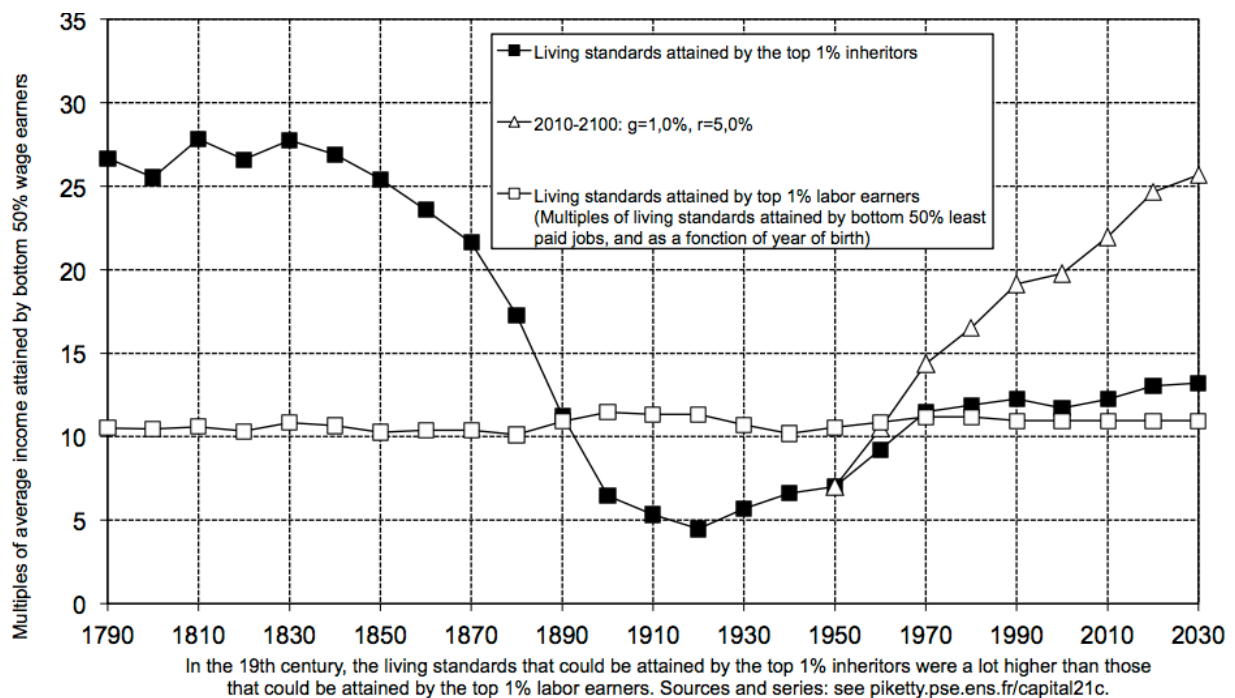
Die Polarisierung bei den Einkommen ist natürlich viel geringer als die bei den Vermögen, aber die Tendenz ist viel ausgeprägter. In den USA hat die Einkommenskonzentration bereits den Höchststand von 1929 erreicht. Grund sind nicht nur Renditen aus Vermögen, sondern auch die extreme Spreizung der Einkommen im Management (die Klasse der „Supermanager“)

Das Dilemma von Rastignac

Eugène de Rastignac ist ein junger Adliger, der in vielen von Balzacs Romanen auftaucht. Balzac charakterisiert ihn als aufstrebenden, ehrgeizigen jungen Mann. Bei seinen Überlegungen, wie er in der Gesellschaft nach oben kommen kann, stellt er fest, dass im Frankreich des 19. Jahrhundert Arbeit, Studium, Fleiß und Intelligenz nicht reichen, um soviel zu verdienen, um zur Oberschicht zu gehören. Viel erfolgversprechender scheint es, eine hässliche reiche Erbin zu heiraten. Fazit: Erbe ist wichtiger als Leistung.

Piketty stellt anhand der folgenden Grafik dar, dass wir zu Verhältnissen wie im 19. Jahrhundert zurückkehren werden, wenn wir nicht gegensteuern. Er geht dabei davon aus, dass die Renditen sich wieder auf den Durchschnitt von 5% einpendeln werden, dagegen das Wachstum in den entwickelten Staaten nur noch bei 1% betragen wird. Man sieht, dass es sich für die Menschen mit Geburtsjahr vor 1960 in der Regel lohnte, in eine gute Ausbildung zu investieren. Für die Jahrgänge ab 1970 hängt der Erfolg im Leben wieder mehr vom Erbe als von seinem Talent und seiner Ausbildung ab.

Lebensstandard für Kohorten geboren 1790 bis 2030



■ Lebensstandard des reichsten 1% aus vererbten Vermögen

- ab 2010 mit Wachstum $g = 1,7\%$ und Rendite $r = 3\%$

Δ das gleiche – aber ab 2010 mit $g = 1\%$ und $r = 5\%$

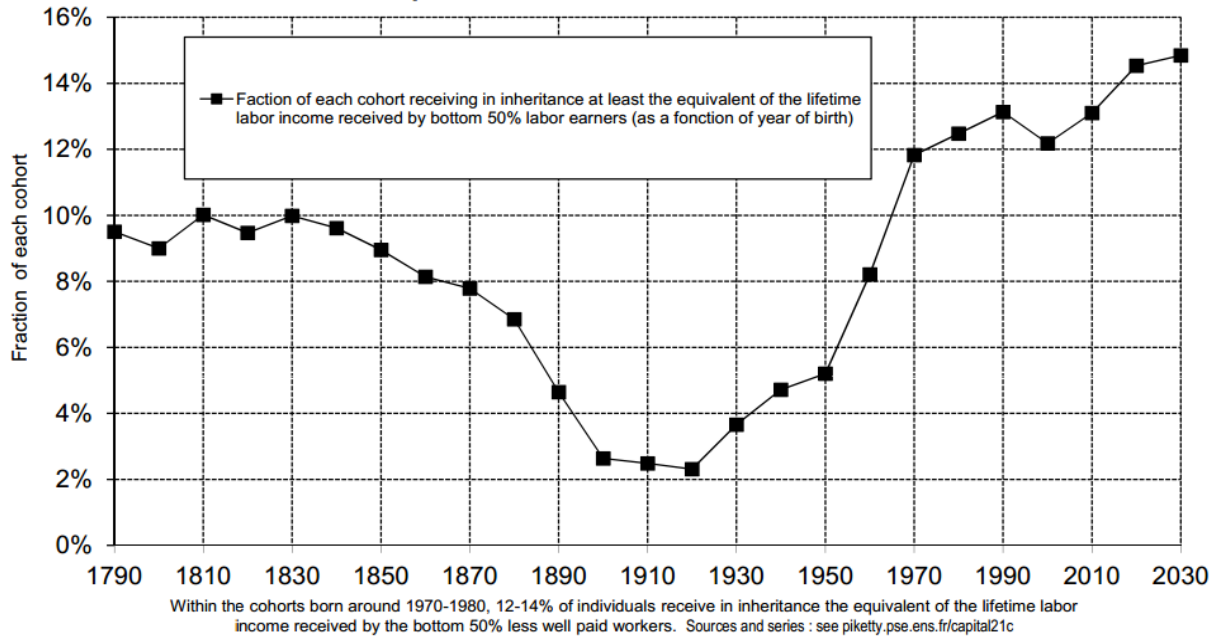
□ Lebensstandard der reichsten 1% aus Arbeit

(der Lebensstandard wird angegeben als Vielfaches des Durchschnittseinkommens der unteren 50% der Beschäftigten – dabei bezieht sich der Lebensstandard auf das jeweilige Geburtsjahr)

Der kurze Traum

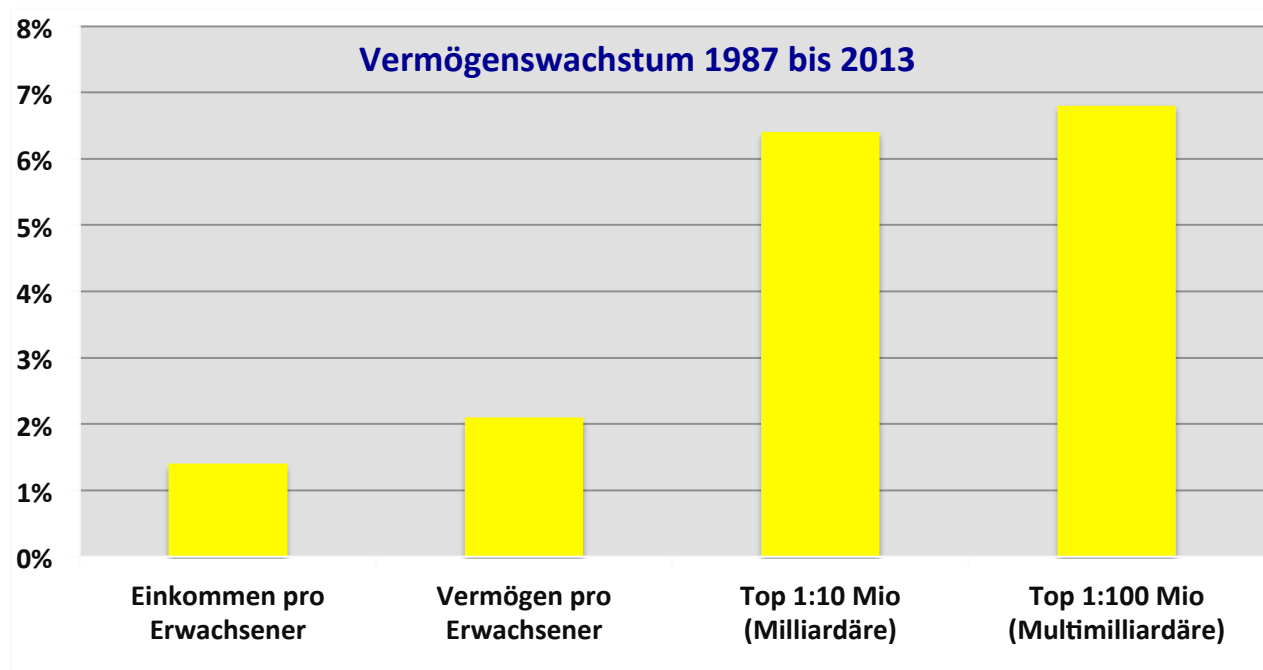
- Nach dem 1. Weltkrieg verlor der Reichtum an Bedeutung. Zum ersten Mal in der Geschichte wurden Studium und Arbeit zum sichersten Weg nach oben.
- Der Traum endete mit dem Ende des Wachstums und der Weltwirtschaftskrise 1929.
- Seitdem verlieren Leistung und Bildung Jahr für Jahr wieder an Bedeutung.

Anzahl der Reichen Erben

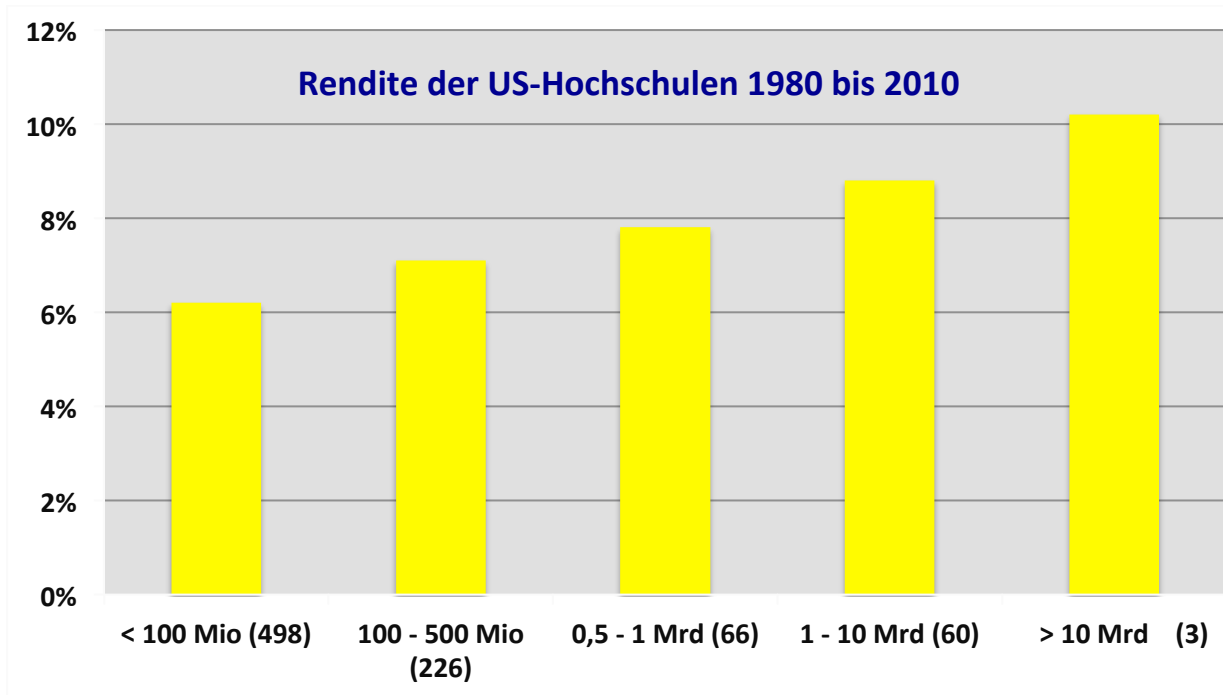


Die Grafik stellt den Anteil der Menschen dar, die mehr geerbt haben als das Lebenseinkommen eines Menschen aus der 50%-Klasse, also der unteren Hälfte der Gesellschaft - für Kohorten geboren 1790 bis 2030.

Vermögenswachstum

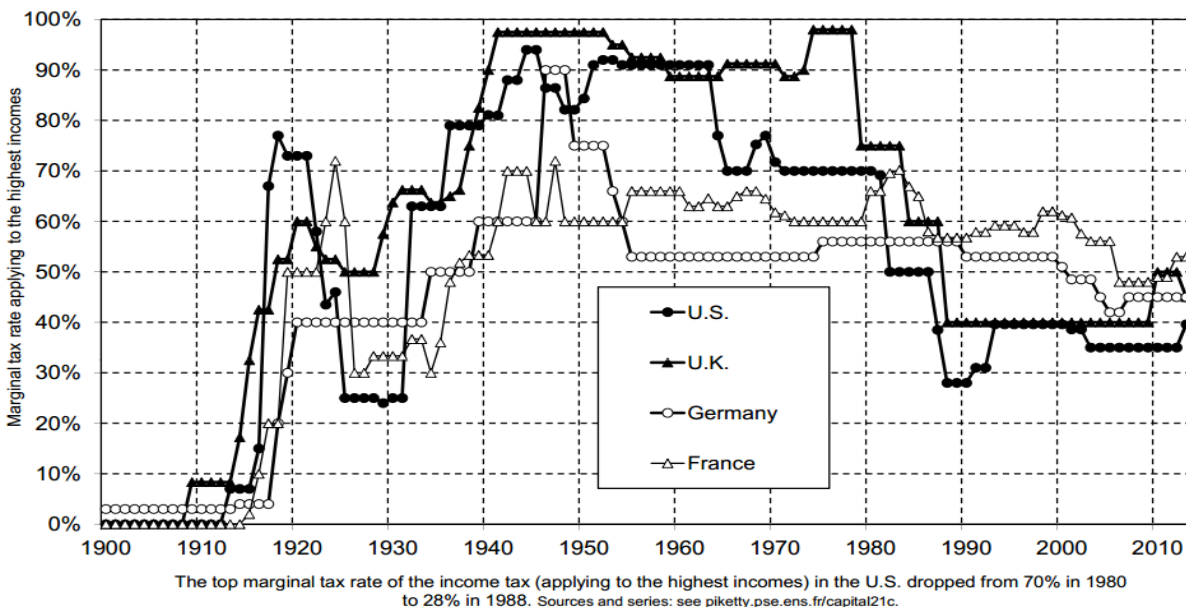


Das Vermögen wächst über längere Zeit im Durchschnitt trotz Krisen und Risiken um so schneller, je größer es ist. Das Vermögen der Milliardäre wuchs nach Steuern im Durchschnitt mehr als 6%.

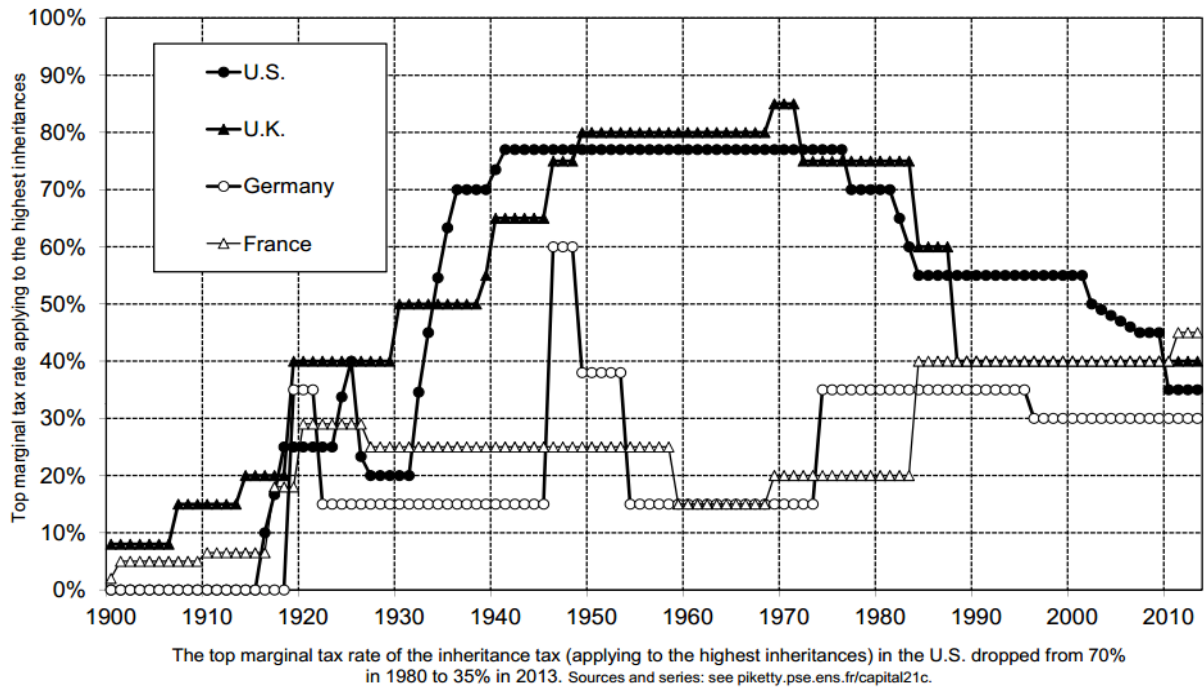


Angegeben ist jeweils das durchschnittliche Stiftungskapital der Hochschulen und in Klammern die Zahl der Hochschulen in dieser Größenklasse. Da die Hochschulen keine Einkommenssteuer zahlen, ist dies ein guter Maßstab dafür, wie hoch die Renditen vor Steuern in den jeweiligen Vermögensgruppen sind. Wer also gleiche Bedingungen für Multis und KMU schaffen will, muss die Steuer so progressiv gestalten, dass die Unterschiede nivelliert werden.

Spitzensteuersätze auf Einkommen



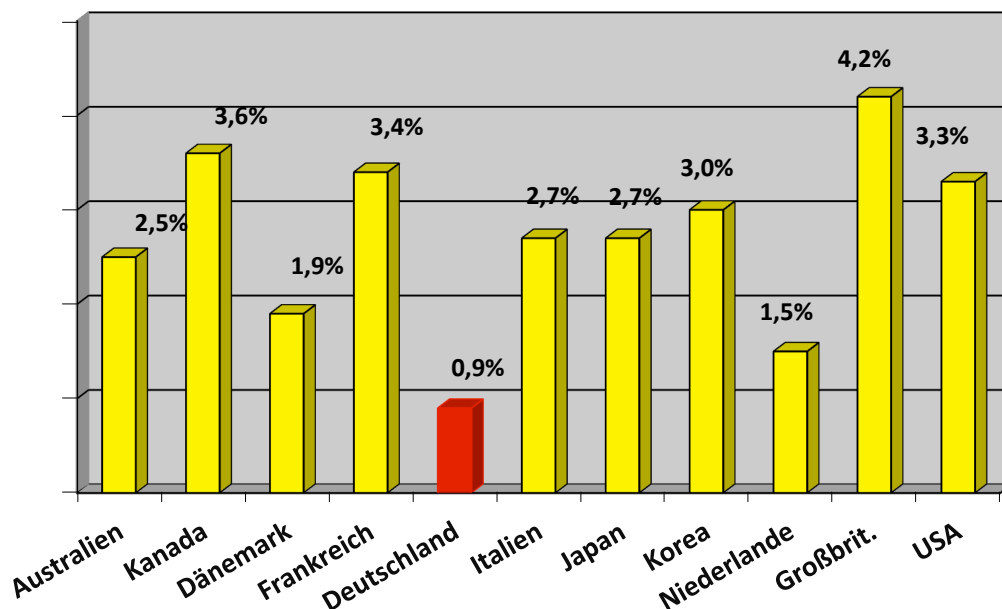
Spitzensteuersätze auf Erbschaft



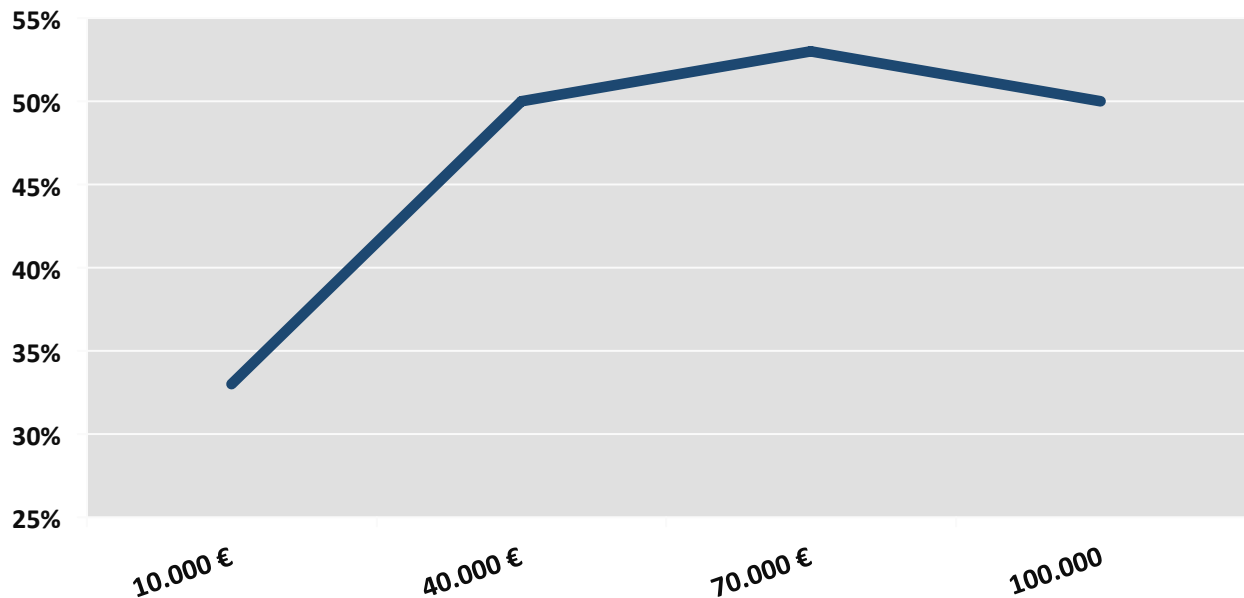
Spitzensteuersätze über 90% und Erbschaftssteuersätze über 70% waren der Grund, warum auch nach dem 2. Weltkrieg die Vermögenskonzentration noch bis in die 1970-er Jahre abnahm.

Anteil der Vermögenssteuer am Bruttoinlandsprodukt

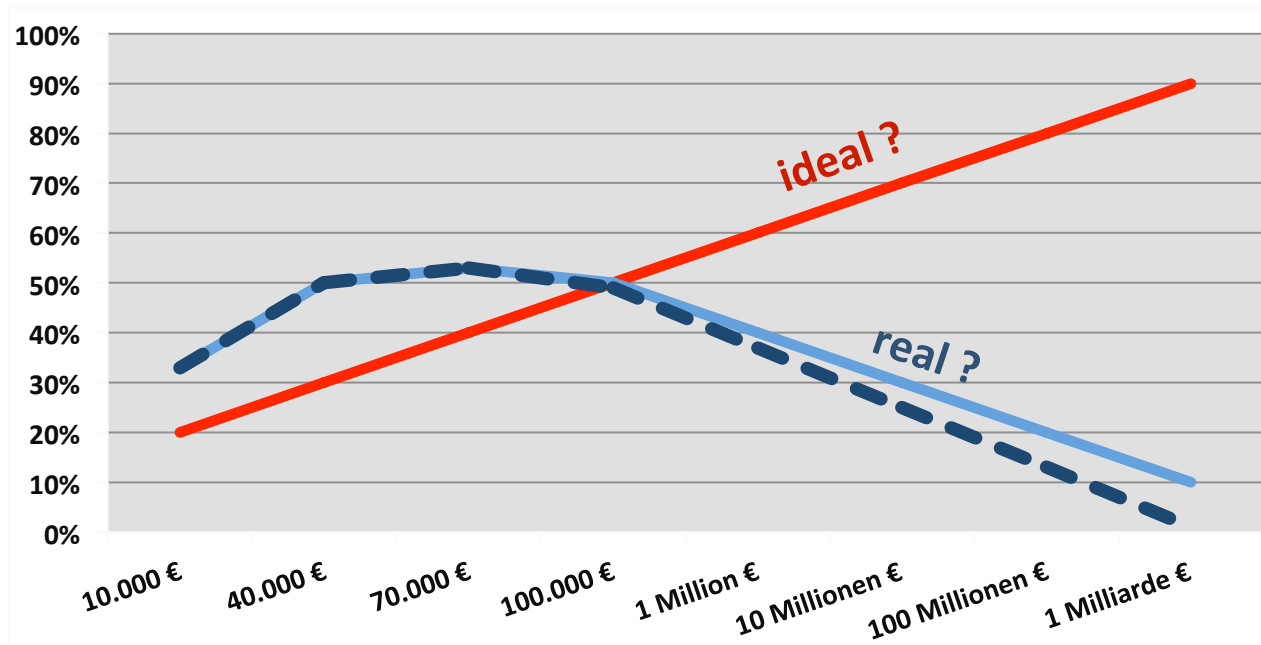
(Quelle: OECD Revenue Statistics 1965-2011)



Degressive Steuer- und Abgabenlast in Deutschland



(Quelle: Nicola Liebert, Steuergerechtigkeit in der Globalisierung, Münster 2011)

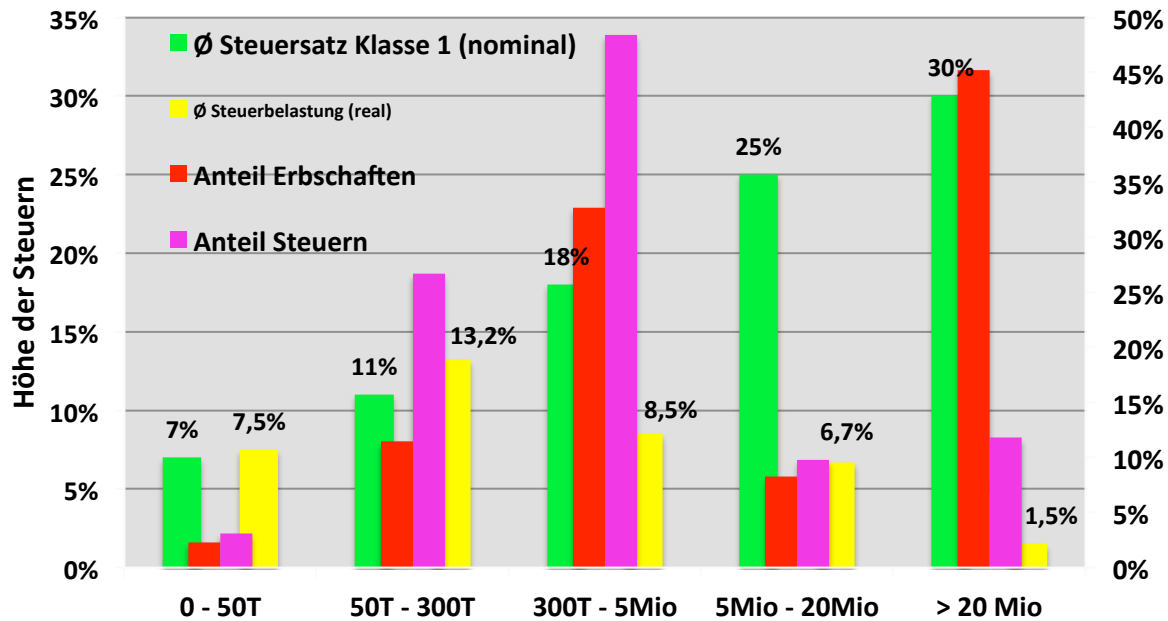


(Grafik KMH nach Liebert und Piketty – Einkommen einschließlich Vermögenszuwachs)

Je größer das Einkommen, desto größer ist der Anteil des Einkommens aus Kapital. Innerhalb des Kapitals wächst der Anteil der Vermögen, die aus Firmenbestandteilen bestehen, auf die nichts oder nur sehr wenig ausgeschüttet wird. Da diese sogenannten „Wertzuwächse“ komplett steuerfrei bleiben, sinkt der Durchschnittssteuersatz auf Einkommen kontinuierlich – nach Abschätzung von Piketty teilweise bis auf unter 1%-

Erbschaftssteuer 2013

eigene Grafik, Zahlen: Stefan Bach: Erbschaftssteuer: ..., DIW Wochenbericht 7.2015



Die Erben von Erbschaften über 20 Mill. € zahlen die geringsten Erbschaftssteuern – ca. 1,5%. Der Grund: Je größer das Vermögen, desto eher liegt der Firmenanteil der Erben über 50% und ist steuerfrei.

Schlussfolgerungen

Gründe für den kurzen Traum

Der Rückgang der Vermögens- und Einkommensunterschiede im 20. Jahrhundert (von 1914 bis 1980) hatte überwiegend einmalige Gründe:

- Das Wachstum war extrem hoch – das gibt es künftig nur noch für einige Zeit in den Schwellenländer
- Die Vernichtung von Vermögen durch die beiden Weltkriege und die Weltwirtschaftskrise von 1929
- Dazu kam die hohe Besteuerung von Einkommen und Vermögen

Prognose

1. Die Vermögenskonzentration wächst mit hohen $r - g$ im 21. Jahrhundert (r = Nettorendite nach Steuern; g Nettowachstum ohne Inflation).
2. In den USA (und GB) kommt eine neue Ungleichheit durch die Supermanagereinkommen hinzu.
3. Das Verhältnis Vermögen/Einkommen kehrt bei niedrigem Wachstum – zuerst in Europa und Japan, später in der gesamten Welt – zu den extremen Werten vor dem 1. Weltkrieg zurück.

Zukunftsalternativen

- Zukunftsalternativen:
 - a. Eine neue Vermögensoligarchie, die die Demokratie aushebelt oder
 - b. Eine demokratische Vermögensregulation durch geeignete Steuern
- Erforderlich sind sowohl
 - ❖ progressive Einkommenssteuern
 - ❖ progressive Vermögenssteuern
- Sie müssen so gestaltet sein, dass sie das Aufgehen der Schere stoppen oder sogar umkehren:

Vorschlag: 0,1% unter 1 Mio. €, 1% ab 1 Mio. €, 2% ab 5 Mio. € usw. – bis hin zu 5% für mehrere 100 Mio. € und 10% für Milliardäre

Zur Staatsverschuldung

„Die Vorstellung, dass wir unseren Kindern und Enkeln eine beschämende Last vererben und vor Schuld in Sackleinen mit Asche auf Kopf gehen sollten, gibt keinen Sinn.

Die Nationen Europas waren nie zuvor so reich. Wahr und beschämend ist jedoch, dass der Reichtum so ungleich verteilt ist.

Privater Reichtum beruht auf öffentlicher Armut. Deswegen geben wir mehr Geld für Zinsen aus als für Bildung.“

Zu Europa

1. Europa-Parlament sollte aus den nationalen Parlamenten zusammengesetzt werden
2. Die Schulden sollten vergesellschaftet werden
3. Einführung der Gesamtkonzernsteuer (unitary taxation) in der EU – apportionment (Gewinnzuordnung an die Staaten) nach sales (Verkäufe) und wages (Personalkosten)
4. Vermögenssteuer auf Einkommen von Individuen am Standort der Investitionen (asset apportionment) und nicht am Wohnsitz der Eigner

Das indizierte Steuersystem – ein Vorschlag für einen demokratischen Konsens

(nach Karl-Martin Hentschel: Von wegen Alternativlos, Zürich 2013)

1. Die Gesellschaft muss sich auf einen Grad der Ungleichheit einigen, den sie akzeptabel hält (nach Umfragen etwa 1:15 bei Einkommen) und diesen in die Verfassung schreiben
2. Zur Umsetzung wird eine Kommission gebildet mit dem Auftrag:
 - Sie prüft jährlich, wie sich die Ungleichheit von Vermögen und Einkommen entwickelt (Indizes);

- Sie legt auf Basis der Indizes die Steuersätze fest, damit sich die Realität dem Verfassungsziel nähert.

Eigene Anmerkungen zu Pikettys linken Kritikern:

(siehe die Artikel von Flassbeck: <http://www.flassbeck-economics.de/tag/thomas-piketty/>, aber auch Varoufakis u.a.)

Neu bei Piketty sind die Fakten – nicht die Theorie. Man kann sich über die Theorien von Piketty streiten. Er selber äußert an einigen Stellen, dass er sich unsicher ist.

Flassbeck weigert sich das Buch zu lesen, weil er die Theorie für falsch hält. Er hat nicht verstanden, was an Pikettys Buch so revolutionär ist: Es sind die Fakten, die Zahlen, die er mit seinen KollegInnen über 20 Jahre zusammengetragen hat und damit die Geschichte des Kapitalismus erstmals empirisch dokumentiert hat – und nicht seine Theorie. Über letztere kann man streiten. Die zentrale These von Piketty ist: Die Ungleichheit wächst, wenn die Politik nicht massiv eingreift

Flassbeck verhält sich wie ein Physiker, der sich weigert, die Ergebnisse von Experimenten anzusehen, weil sie seiner Theorie widersprechen. Er setzt sich nicht mit den empirischen Ergebnissen der Forschung von Piketty auseinander. Stattdessen kritisiert er, dass Piketty den Trend zur Ungleichheit zum Gesetz macht. Er (Flassbeck) dagegen habe bewiesen, dass es diesen Automatismus nicht gibt, sondern dass, wenn man investiert und das Ergebnis (die Wertschöpfung) gerecht verteilt, auch die Ungleichheit nicht entsteht.

Flassbeck macht damit genau das, was wir der neoklassischen Schule immer vorwerfen: Man nimmt eine Theorie, definiert Randbedingungen und leitet daraus die Wirklichkeit ab. Was aber, wenn die Randbedingungen (die Messergebnisse) nicht stimmen?

Pikettys Zahlen sagen aber, dass die Randbedingungen von Flassbeck nicht stimmen. Die wirkliche Entwicklung war stets, dass der Reichtum um so mehr wächst, je größer das Vermögen ist. Anders war es nur dann, wenn im Krieg das Vermögen zerstört wurde oder wenn die Steuern extrem hoch waren.

Das bedeutet allerdings nicht, dass die Formeln von Piketty einen Kausalzusammenhang darstellen. Es sind halt nur Gleichungen. Und genau das betont Piketty an mehreren Stellen im Buch. Er sagt explizit, dass er keinen Beweis für Kausalitäten hat. Die Formeln entsprechen halt nur (vielleicht zufällig) den historischen Daten.

Hier bietet sich ein Vergleich mit der Physik an. Für einen Physiker ist jede Formel nur eine Beschreibung der Realität. Warum das so ist, dazu sagt kein Physiker etwas. Das überlässt man den Philosophen. Theorien funktionieren, wenn sie richtige Prognosen erlauben. Aber nur so lange, bis man genauer misst. Dann muss man die Theorie weiterentwickeln. So kommt man von Newton zu Einstein.

Das Problem der Volkswirte war seit dem 2. Weltkrieg, dass sie glaubten, wenn sie tolle Formeln haben, dann haben sie etwas rausgefunden. Seit Jahrzehnten haben Mathematiker das kritisiert. Denn nur, wenn die Formeln empirisch geprüft werden, machen sie Sinn. Piketty weist an mehreren Stellen nach, dass viele volkswirtschaftliche Theorien nur bei sehr ausgewählten Daten oft nur von wenigen Jahren stimmten - wenn man längere Zeiträume betrachtet, sind sie falsch.

Das zentrale Problem der VWL-Formeln war übrigens stets, dass die Entscheidungen der Menschen im Markt nicht ökonomisch rational, sondern häufig psychologisch irrational erfolgen (ein gutes Beispiel ist der Herdentrieb bei Aktienhändlern in der Krise). Die Annahme des homo oeconomicus, der sich stets rational optimierend verhält, war falsch.

Insbesondere hat der Mathematiker Benoît Mandelbrot schon vor vielen Jahren nachgewiesen, dass die Anwendung der Gausskurve für die Preisfunktion falsch ist, da die unwahrscheinlichen Ereignisse an den beiden Enden der Funktion nicht gegen Null gehen. Grund: In der Krise heben sich die Fehler der Händler nicht auf, sondern sie addieren sich teilweise sogar. Daher werden größere Wirtschaftskrisen nicht immer unwahrscheinlicher, wie die Gauss-Kurve aussagt, sondern sie werden immer wahrscheinlicher.

Fazit: In seiner Ablehnung der Neoklassiker macht Flassbeck denselben Fehler wie diese: Er operiert mit Theorien ohne sie empirisch zu überprüfen. Genau aber das macht Piketty. Ich halte das für eine längst fällige Revolution in der Ökonomie.